

LIT-TIPPS 15.09.2016

Liebe LeserInnen der Lit-Tipps!

Struktur der Lit-Tipps

Ich gebe vorab die in der jeweiligen Ausgabe der Lit-Tipps enthaltenen Rubriken an, gefolgt von Autorennamen (alphabetische Reihenfolge) und Jahreszahl der Publikation. In der zweiten Hälfte der Lit-Tipps finden Sie dann die vollständigen bibliographischen Angaben zu jedem Titel und einen Kurzkomentar von mir, in der alphabetischen Reihenfolge der Autorennamen. Das Ganze entspricht der sog. amerikanischen Zitierweise, spart Platz und macht die Titel doch leicht auffindbar.

Archiv der Lit-Tipps:

Vorangegangene Lit-Tipps finden Sie

- bis April 2005 in einer Gesamtliste unter
- nach Juli 2005 im Archiv der Lit-Tipps
dies finden Sie auf der Homepage des Lehrgebiets auf meiner Mitarbeiter-Seite unter:
<http://www.fernuni-hagen.de/polis/lg2/team/martin.list.shtml>

Verzahnung der Lit-Tipps mit IPSE und dem neuen Fernstudien-Kurs „Weltregionen im globalen Zeitalter“:

Die **Lit-Tipps** sind als „**List-Tipps**“ sowohl mit meinem Lehrbuch „**Internationale Politik studieren. Eine Einführung**“ (IPSE abgekürzt; Wiesbaden: vs-Verlag 2006) ‚verzahnt‘ als auch mit meinem ab WS 2014/15 eingesetzten, zum SS 2016 überarbeiteten Kurs „**Weltregionen im globalen Zeitalter**“ (WRigZ; Buchhandels-Publikation der überarbeiteten Fassung Wiesbaden: Springer VS 2016), insofern bei einschlägigen Titeln der Hinweis auf diejenigen Kapitel dieses Buches angegeben wird, zu denen sie inhaltlich besonders gut als Ergänzung passen. Der Hinweis hat die Form: **IPSE bzw. WRigZ plus Kapitelnummer**.

Und damit zu den **Lit-Tipps von heute**. Sie erfolgen zu den Rubriken:

- **Fachbücher**

Geordnet nach Themen und mit Verweis auf autoren-alphabetisch geordnete Kurz-Rezensionen

POLITIK allgemein

Politische Kommunikation – enzyklopädisch: Mazzoleni 2016
– Framing: Wehling 2016

Politische Theorie und Ideengeschichte – Kontroversen und Konzepte: Münkler/
Straßenberger 2016

Populismus: Müller 2016

POLITISCHE SYSTEME IM VERGLEICH

Chinesische Politik: Noesselt 2016
Frühneuzeitliche Staatsentwicklung: Birdal 2011
Israel: Mahler 2016
politische Macht und Ungleichheit: Andrain 2015

INTERNATIONALE POLITIK

Afrika – unter internationalem Einfluss: Quinn 2016
Asiens latente Nuklearmächte: Fitzpatrick 2016
Außenpolitik der EU – enzyklopädisch: Jørgensen u.a. 2015
Chinas Aufstieg (?): Hung 2016
Flüchtlingskrise: Luft 2016
Imperialismus und Anti-Imperialismus – enzyklopädisch: Ness/Cope 2016
Libyen-Intervention – aus Sicht der katholischen Friedensethik: Schrage 2016
Russland und Deutschland: Szabo 2015
Russland und die EU: Forsberg/Haukkala 2016

SONSTIGES

Gesellschaftstheorie, insbes. im Hinblick auf Ökonomie: Pies 2016
Psychologie – Theorien zum Nachschlagen: Miller 2016

Andrain, Charles F. 2015: Political Power and Economic Inequality. A Comparative Policy Approach, Lanham u.a.: Rowman & Littlefield.

Die Botschaft dieses Buches zur vergleichenden politischen Ökonomie ist im Grunde eine ganz einfache: angesichts in den vergangenen Jahren allenthalben wieder zunehmender sozialer Ungleichheit weist es darauf hin und nach, dass dies auch Resultat politischer Verhältnisse ist – nennen wir sie plakativ neoliberal –, die jedoch ebenso wenig unabänderlich sind wie die Zunahme der Ungleichheit. Auch sie, das zeigen Beispiele aus Nord und Süd, ist durchaus politisch bekämpfbar. Man muss es allerdings wollen – und für möglich halten. Schon zu Beginn des neoliberalen Zeitalters hatte Albert Hirschman in „Vergeblichkeit“ (futility), von Versuchen sozialer Reform nämlich, eine zentrale rhetorische Strategie der Neoliberalen ausgemacht (s. Wehling in diesen Lit-Tipps). Und damit hatten sie, zu Unrecht, bis in weite Teile der Sozialdemokratie Erfolg. Dass die Bedingungen für eine fortschrittliche Politik nicht vom Himmel fallen, sondern politisch organisiert sein wollen, ist freilich auch richtig. Wer aufgrund von Mutlosigkeit jedoch gar nicht mehr den Versuch unternimmt, hat nicht nur schon verloren. Er lässt auch, z. T. sehenden Auges, angesichts der Krisenhaftigkeit des Kapitalismus den Populismus (s. Müller in diesen Lit-Tipps) als irregeleitete Protesthaltung erstarken. Andrain, emeritierter Politik-Professor der San Diego State University, hält informativ dagegen, indem er kapitelweise den Bedingungen des (Miss-)Erfolgs progressiver (im Sinne Ungleichheit mindernder) Politik nachgeht, in kapitalistisch-entwickelten Staaten wie in Ländern des Südens (Uruguay z.B.). Staatliche Politiken, von progressiven Parteien geführt, im Verbund mit und gestützt auf soziale Bewegungen, können durchaus Positives bewirken. Sie sollten sich weder Gegenteiliges einreden lassen, noch Angst vor der eigenen Courage haben. Es geht schließlich um etwas: den Erhalt, und Ausbau, sozialer Demokratie. Andrain zeigt, dass und wie er möglich ist. Vielleicht ist das einmal eine US-amerikanische Botschaft, auf die auch Europäer hören sollten.

Birdal, Mehmet Sinan 2014: The Holy Roman Empire and the Ottomans. From Global Imperial Power to Absolutist States, London/New York: Tauris.

Drei Jahre nach der gebundenen Ausgabe erscheint die preiswerte Taschenbuchausgabe dieses Werkes, das mir noch nicht die gebührende Aufmerksamkeit gefunden zu haben scheint. Dabei leistet es zu gleich zwei der großen fachlichen Diskussionsstränge der vergangenen 15 bis 20 Jahre einen belangvollen Beitrag: der Erörterung und Erklärung der frühneuzeitlichen Staatsentwicklung zum einen und der Entwicklung (und dem Zerfall) von Imperien zum andern. Belangvoll ist sein Beitrag sowohl aufgrund des theoretischen wie des empirischen Gehalts. Ersterer liegt darin, dass er eher materialistischen (polit-ökonomischen oder geopolitischen bzw. auf den militärisch-fiskalischen Nexus zielenden) Erklärungen eine auf idelle Faktoren auf nicht idealistische, sondern legitimationstheoretische Weise argumentierende Erklärung beigesellt. Der empirische Ertrag besteht in der Behandlung des habsburgischen Teils des Heiligen Römischen Reiches im Vergleich zur Entwicklung im Osmanischen Reich. Birdal lässt zunächst die Literatur zur frühneuzeitlichen Staatsentwicklung Revue passieren und leitet daraus die vier Bereiche ab, für die er die Entwicklung in seinen beiden Fällen rekonstruiert: Verwaltung, Steuern und ihre Erhebung, Gestaltung der Außenpolitik und politische Legitimation. Auf letztere kommt es ihm bei der Erklärung des Übergangs von Reichsstrukturen zu territorial begrenztem Absolutismus besonders an. Unter Rückgriff auf Überlegungen von Habermas argumentiert Birdal, dass dieser Übergang auch einen gedanklichen im Bereich von (öffentlichem) Recht und Legitimationsweisen erforderte. Dieser Übergang wird im empirischen Teil an der Entwicklung der modernen Naturrechtslehre nachgezeichnet, welche im Hl. Römischen Reich den Übergang zu einer neuen Legitimationsbasis ermöglichte, während im Osmanischen Reich „the state compensated for the legitimacy deficit by depending more and more on sacral law. The pre-existing imperial institutions based on the fief system made it impossible for the empire to replace the legitimating discourse of custom and sacral law with natural law based on state interest.“ (84) Die theoretische wie Ergebnisse einschlägiger Geschichts- und Rechtswissenschaft rezipierende empirische Arbeit, die Birdal geleistet hat, ist anerkennenswert. Wenn er zugleich mit seiner historisch-soziologischen Rekonstruktion

für deren Belang auch für IB-lerInnen plädieren will, die „den Staat“ nicht einfach in seiner historischen Gewordenheit voraussetzen sollten, sondern in seiner durch interne und externe Faktoren in Wechselwirkung bestimmten Entwicklung mit zum Thema machen sollten, so rennt er damit bei mir nicht nur offene Türen ein (vgl. auch Quinn in diesen Lit-Tipps sowie die Stoßrichtung meiner „Weltregionen“); er hat den Nutzen dieser Herangehensweise, für alle einschlägig Interessierte, zugleich auf überzeugende Weise demonstriert.

Fitzpatrick, Mark 2016: Asia's Latent Nuclear Powers. Japan, South Korea and Taiwan, Abingdon/New York: Routledge (für IISS).

IPSE 5,9; WRigZ 5

Was für einen großen Unterschied doch kleine Lesefehler machen können. Ich hatte das hier besprochene Buch zunächst als „Asia's LateSt Nuclear Powers“ gelesen – ich bin gebranntes Kind: meine „Weltregionen“ wurden mehrfach als „WeltreLgionen“ gelesen – und mich angesichts des Untertitels dann gewundert. Denn das kennzeichnet die behandelten drei ostasiatischen Staaten ja gerade: dass sie – noch – keine Nuklearmächte sind, es aufgrund ihrer technologischen Fähigkeiten jedoch sein oder werden könnten. Die inzwischen stattliche Literatur zur Erklärung des Nuklearwaffenbesitzes, zur Erklärung seines ursprünglichen oder nachholenden Anstrebens, seines Beibehaltens (auch angesichts zumindest vom US-Präsidenten Obama öffentlich geteilten Strebens nach seiner Abschaffung) oder auch seines Verzichts wird hier also auf interessante Weise ergänzt. Alle drei behandelten Staaten sind nicht nur aufgrund ihrer Beherrschung der Nukleartechnologie im zivilen Bereich im Prinzip auch zur militärischen Option in der Lage (und Fitzpatrick versucht abzuschätzen, wie lange sie ggf. zu deren Realisierung bräuchten, im Fall des Falles); sie sehen sich alle drei auch von nuklear bewaffneten Mächten (VR China bzw. Nordkorea) bedroht – und setzen darob derzeit noch auf die extended deterrence der USA. Gleichzeitig haben alle drei inzwischen realdemokratische heimische Verhältnisse erreicht, unter denen über solch gewichtige strategische Fragen auch öffentlich gerungen werden kann. Sowohl aufgrund seiner Analyse dieser technischen und politischen heimischen Verhältnisse als auch im Hinblick auf die Analyse der strategischen Verhältnisse in Ostasien liefert der kleine Band von Fitzpatrick, der für das International Institute of Strategic Studies das Non-Proliferationsprogramm leitet, einen hoch informativen Beitrag.

Forsberg, Tuomas/Haukkala, Hiski 2016: The European Union and Russia, London/New York: Palgrave.

IPSE 7; WRigZ 2

Im Rahmen der mittlerweile auf weit über 50 Bände angewachsenen und als Standard-Lehrbuchreihe etablierten „European Union Series“ des Palgrave-Verlags erscheint dieser hoch willkommene Band. Die Autoren, beide von der Universität in Tampere (Finnland), sind ehrlich genug einzuräumen: „When drafting the first version of this introduction a few years ago, in order to balance the predominantly negative view, we wanted to highlight many positive elements in the relationship“, darunter dass „no serious threat of a military confrontation between the parties seemed likely.“ (3) Das gilt, wie sie feststellen, leider nicht mehr. Gleichwohl sind sich zum Glück auf beiden Seiten noch hinreichend viele Akteure bewusst, dass in einer solchen Konfrontation beide Seiten nur verlieren können. Es ist daher auch Anliegen der Autoren „the importance of the psychology of interaction“ herauszuarbeiten und „the negative dynamics that led to the spiral of deteriorating relations.“ (5) Die Ukraine-Krise ist nicht Ursprung, sondern eher Ausdruck dieser negativen Dynamik, die das unbeabsichtigte Ergebnis „of the choices made by both parties“ (9) ist. Im Weiteren wird die institutionelle Entwicklung der EU-Russland-Beziehungen geschildert und die zentralen Akteure in ihnen. Das Gros des Bandes macht jedoch eine sehr detaillierte, nach einzelnen Politikfeldern desaggregierte Schilderung dieser Beziehungen aus, von Wirtschaft, Energie und Umwelt über innere und äußere Sicherheitspolitik bis hin zu Wissenschaft, Kultur und Bildung. Im Kapitel über die Erklärung der Entwicklung der Beziehungen werden vier Deutungen („narratives“) einander gegenübergestellt. Im Schluss-Kapitel geben die Autoren ihrer Hoffnung Ausdruck, dass beide Seiten den Weg zur Partnerschaft zurückfinden mögen. Wer wollte ihnen da widersprechen?

Hung, Ho-fung 2016: The China Boom. Why China Will Not Rule the World, New York: Columbia University Press.

WRigZ 5

Der auch hierzulande verbreiteten Literatur vom Aufstieg Chinas zur neuen Supermacht, der teils mit Freude, teils mit Sorge begleitet wird, legt der Soziologe und China-Experte Hung, von der Johns Hopkins University eine unaufgeregte und sachlich ergiebige Darstellung der Hintergründe und Grenzen des ökonomischen Aufstiegs des Landes zur Seite, die für mehr Licht statt Hitze in der Debatte sorgen kann. Dazu geht er in zwei Teilen vor. Im ersten rekonstruiert er die ökonomische Entwicklung Chinas seit der späten Ming-Zeit (Mitte des 16. Jahrhunderts) bis heute. Hier zeigt sich Zweierlei: schon früh war China, anders als traditionelle Stagnationsthesen es darstellten, auch marktwirtschaftlich entwickelt. Ein kapitalistisches System (was begrifflich nicht dasselbe ist, wie Hung in kurzen Ausführungen zum Konzept darlegt) entstand dort jedoch nicht, denn das Verhältnis von Staat und Kapital entwickelte sich anders als in (West-)Europa nicht zu einem der wechselseitigen Förderung. Erst unter kommunistischer Führung wirkte, bei hohen menschlichen Kosten, der Sozialismus letztlich als Ideologie der nachholenden Entwicklung und legte mit der Mobilitätskontrolle der Landbevölkerung (was übereilte Urbanisierung verhinderte) und Erhöhung der Grundbildung auf dem Lande, aber eben auch durch den Abzug von Kapital aus der Landwirtschaft zugunsten der Städte und der Industrie als chinesische Variante der ursprünglichen Akkumulation (Marx) die Grundlage für den späteren Erfolg der Deng'schen Reformen. Dieser ist spektakulär und begründete den ökonomischen und auch politischen Aufstieg Chinas. Wie im zweiten Teil gezeigt wird, stellt dieser jedoch gerade keine Alternative zum kapitalistischen Entwicklungsweg dar, ist mit dem Kapitalismus (und seinem Vorreiter, den USA) vielmehr auf das Engste ökonomisch verknüpft (Überkonsum und Verschuldung dort, die von China als öffentlicher Gläubiger gehalten wird, das zugleich heimisch unter-konsumiert und dadurch Finanzreserven bildet). Dazu kommen die Folgeprobleme dieses Entwicklungswegs, etwa ökologischer Art und wachsende soziale Ungleichheit im Lande. International sorgte dieser Aufstieg zwar für eine ökonomische Neuausrichtung in der südostasiatischen Region auf China hin, sicherheitspolitisch setzen dieselben Staaten jedoch durchweg auf das Ausbalancieren der chinesischen Macht in der Region durch die USA – die dies unter anderem aufgrund des von China mit getragenen Status des Dollar als Reservewährung und der ebenfalls von China getragenen Verschuldungsmöglichkeit auf absehbare Zeit (sich) auch noch leisten können. Summa summarum: China bietet keine Alternative zum Kapitalismus, hat dessen Chancen unter KP-Führung jedoch zu nutzen gewusst, freilich um den Preis, damit an der Krisenhaftigkeit des globalen Kapitalismus auch ursächlich Teil zu haben.

Jørgensen, Knud Erik u.a. (Hrsg.) 2015: The SAGE Handbook of European Foreign Policy, 2 Bd.e, Los Angeles u.a.: Sage.

IPSE 7; WRigZ 2

Auch wenn sich mit dem anstehenden Brexit die Bedingungen für die gemeinsame EU-Außenpolitik zweifellos ändern (und nicht erleichtern) werden, so liegt mit diesem zweibändigen Handbuch nun das Non-plus-ultra-Referenzwerk zu diesem Thema vor. Es gehört in alle einschlägigen Bibliotheken, damit Studierende und Forschende zum Thema davon profitieren können. In jeweils etwa zehn Seiten im Zwei-Spalten-Satz umfassenden Beiträgen, von ausgewiesenen KennerInnen verfasst und mit umfangreichen Hinweisen auf weiterführende Literatur versehen, wird Information zu allen fachlich relevanten Aspekten des Themas gegeben, ein knapper Index am Ende von Band 2 erschließt die Information zusätzlich. Behandelt werden theoretische Perspektiven auf die gemeinsame Außenpolitik ebenso wie die EU- und mitgliedstaatlichen Akteure, gesondert auch gesellschaftliche ‚Akteure‘ (darunter auch public opinion) in Band 1; Band 2 bringt Beiträge zur politics-Dimension, zu bi- und multilateralen Beziehungen im Rahmen der und zu einzelnen Politikfeldern der EU-Außenbeziehungen. Ein zehnter Teil ist transnationalen Herausforderungen gewidmet (wozu Märkte ebenso zählen wie Terrorismus). Die einzelnen Beiträge sind klar strukturiert und informativ. Wer immer sich also rasch und gezielt einen

Überblick zum Gesamtthema verschaffen will oder gezielt Information zu einem Aspekt der EU-Außenbeziehungen sucht: die Chance ist groß, dass er/sie hier fündig wird. Die Lehre und Forschung zum Thema hat damit eine solide Grundlage. Schade nur, dass dies für die gemeinsame Außenpolitik nicht gleichermaßen gilt.

Luft, Stefan 2016: Die Flüchtlingskrise. Ursachen, Konflikte, Folgen, München: Beck.

Im Rahmen der auf knappe, übersichtliche und ggf. auch aktuelle Information angelegten Reihe „Wissen“ des Beck-Verlags erscheint im üblichen (kleinen) Format (128 Seiten) dieser nützliche Überblick des Bremer Politikwissenschaftlers Luft, der unter anderem in verschiedenen Enquetekommissionen der Länder zum Thema mitgewirkt hat. Nach einem einführenden Überblick über Migration und Flucht im 21. Jahrhundert werden die Migrations- und Grenzpolitik der EU behandelt, die Steuerbarkeit von Zuwanderung erörtert und abschließend die Bedingungen gelingender Integration. Die Darstellung ist informativ und abgewogen, scheut aber auch nicht deutliche Feststellungen wie die des Scheiterns europäisch-solidarischer Flüchtlingspolitik oder des Risikos der Beteiligung an Militärinterventionen mit unübersehbaren Konsequenzen. Ein nützlicher erster Zugang zur Problematik für interessierte BürgerInnen und auch Studierende.

Mahler, Gregory S. 2016: Politics and Government in Israel. The Maturation of a Modern State, 3rd ed., Lanham u.a.: Rowman & Littlefield.

IPSE 11; WRigZ 3

Auch wenn der Ferne Osten (vgl. Fitzpatrick in diesen Lit-Tipps) zuweilen und der Mittlere Osten (Stichwort Syrien) in letzter Zeit andauernd unsere Aufmerksamkeit bindet, so ist der Nahe Osten, und im Zentrum seines Konfliktherdes nach wie vor Israel, doch weiterhin ein Dauer'brenner' (wenn diese hier fast wörtlich zutreffende, gleichwohl hässliche Metapher erlaubt ist). Von daher ist die Beschäftigung mit seinem politischen System für AnalytikerInnen der internationalen Politik ebenfalls ein Dauerthema. Gleichzeitig ist Israel auch für die politikwissenschaftliche Komparatistik vielfach interessant: aufgrund seiner ungeschriebenen Verfassung; des Verhältnisses von Staat und Religion; der Logik von Koalitionsregierungen; und auch als Einwanderungsland und multikulturelle Gesellschaft. Über all dies informiert das nunmehr in 3. Auflage vorliegende Textbook von Gregory Mahler, der sich seit über 30 Jahren mit der Thematik befasst, ganz vorzüglich, auch wenn es mit dem soeben erschienenen Lehrbuch von Brent E. Sasley und Harold M. Waller (Politics in Israel. Governing a Complex Society, Oxford 2016) einen ebenbürtigen Konkurrenten bzw. eine sinnvolle Ergänzung gefunden hat. Beide unterrichten solide über die internen Verhältnisse ebenso wie über die internationalen Probleme. Mahler schreitet von der Geschichte des Staates Israels und dem Zionismus als seiner Grundlage zu den Institutionen, Parteien, gesellschaftlichen Interessengruppen sowie den Wahlen und dem Wahlverhalten voran. Im internationalen Teil widmet er je ein Kapitel dem außenpolitischen Setting, den Beziehungen zu den Palästinensern, den besetzten Gebieten und der Jerusalem-Problematik sowie der Suche nach Frieden. Er versucht dabei, mit Erfolg, würde ich sagen, was bei diesem Thema notorisch schwierig ist, nämlich eine gleichzeitig ausgewogene und nicht unkritische Darstellung zu geben. Der sachliche Informationsgehalt, auch an einschlägigen Statistiken, ist hoch. Der ganze Band wird durch einen ausführlichen Personen und Sach-Index erschlossen. Die politikwissenschaftliche Befassung mit Israel hat somit, gleich zweifach, auch künftig eine solide Lehrbuch-Grundlage.

Mazzoleni, Gianpietro (Hrsg.) 2016: The International Encyclopedia of Political Communication, 3 Bd.e, Malden/Oxford: Wiley Blackwell.

Vor Beginn meines Studiums (damals noch in einem Hauptfach – das sollte Politikwissenschaft werden, das stand schon fest; aber mit welchen zwei Nebenfächern?) erwog ich zeitweilig als Nebenfach das Studium der Psychologie (s. auch Miller in diesen Lit-Tipps), basierend unter anderem auf der Lektüre zur Sozialpsychologie von Aggression und Vorurteilen, aber auch zur politischen Kommunikation (so der Titel einer als Begleitbuch zu einem Fernsehkurs zum Thema verfassten Einführung der „Projektgruppe am Institut für Kommunikationswissenschaft der Universität München, Berlin 1976, die ich dazu noch in

meinem Bücherregal fand). Um nachzusehen, was sich denn inzwischen auf diesem Gebiet getan hat und was der Stand der Dinge (der Forschung) ist, bietet sich die hier angezeigte dreibändige Enzyklopädie an (und zwar, das sei gleich eingeräumt, eher nicht zum privaten Kauf – es sei denn, man kann wie ich von einem Schnäppchenangebot profitieren; einschlägigen Bibliotheken sei also empfohlen, ihren NutzerInnen den Zugang zu eröffnen). Sie wird mit herausgegeben von der International Communication Association (ICA) und erscheint als Teil-Enzyklopädie eines auf 14 Teil-Enzyklopädien angelegten Gesamtwerkes. Die alphabetisch geordneten Stichwörter der hier angezeigten drei Bände werden in einer „Thematic List of Entries“ insgesamt 13 Rubriken zugeordnet, die von „Communication and Technology“ (u.a. mit dem unverzichtbaren Stichwort „Internet“) über „Democracy and Democratization“ (u.a. „Digital Democracy“ und „Representation, Political“) und „Media and Journalism“ (u.a. „Citizen Journalism“, „Humor and Satire, Political“ und „Social Media“) bis hin zu „Political Attitudes, Opinions, Emotions, Behaviors“ (u.a. Alienation, Political“, „Public Opinion Polls“ und „Surveillance“), „Political Communication Theory and Philosophy“ (u.a. „Aesthetics, Political“, „Feminist Theory“ und „Rational Choice“) und „Strategic Communication“ (u.a. „Advertising, Political“, „E-Government“ und „Spin Doctoring“) reichen. Wie diese Auswahl andeutet, ist die Enzyklopädie, der Thematik angemessen, multi- bzw. interdisziplinär angelegt, umfasst klassische wie aktuelle Themen und ist sowohl an stärker akademisch wie an stärker praktisch orientierten BenutzerInnen ausgerichtet. Einzelne Beiträge umfassen bis zu zehn Seiten, alle werden durch sinnvolle Literaturhinweise ergänzt (von denen sich bereits einige für mich als fruchtbar erwiesen haben) und werden mit Kurzangaben zu ihren jeweiligen VerfasserInnen, durchgehend ausgewiesene KennerInnen, abgeschlossen. Band 3 enthält einen umfangreichen Personen- und Sachindex, der das Gesamtwerk erschließt. Für mich hat diese Enzyklopädie ihren Zweck voll erfüllt, und ich empfehle insbesondere auch Studierenden der Politikwissenschaft die Nutzung in einschlägigen Bibliotheken.

Miller, Harold L. (Hrsg.) 2016: The SAGE Encyclopedia of Theory in Psychology, 2 Bände, Thousand Oaks u.a.: Sage.

Wer wie ich (s. auch Mazzoleni in diesen Lit-Tipps) sein Studium gerne breit anlegt und an der Integration der Erkenntnisse der Sozialwissenschaften (oder, noch weiter gefasst: der Wissenschaften vom Menschen allgemein) interessiert ist, der ist auf gut erschlossene Zugänge zu Nachbardisziplinen angewiesen. Hierfür taugen gut strukturierte Einführungsüberblicke einerseits, Nachschlagewerke andererseits. Erstere sind im Bereich der Psychologie, um die es hier geht, wenn sie diese in all ihren Teilgebieten und Methodik umfassen, bereits sehr dick. Da ist eine auf Theorien beschränkte enzyklopädische Übersicht, wie sie hier in zwei Bänden vorgelegt wird (bzw. deutlich preiswerter als E-Version), eine probate Alternative. Wer z.B. auf ein fachliches Stichwort wie „embodied cognition“ stößt – s. Wehling in diesen Lit-Tipps; ergänzend findet sich auch „embodied grounding“ in Millers Enzyklopädie; das Stichwort „frame“ oder „framing“ dagegen überraschender Weise nicht einmal im Register) –, der wird in dieser Enzyklopädie fündig, mit erläuterndem Eintrag und, wie bei allen Einträgen, auch mit nützlichen Hinweisen auf weiterführende Literatur. Da die Theorie-Stichwörter strikt alphabetisch angeordnet sind, ordnet ein Reader's Guide sie alle auch etwas systematisierend insgesamt 21 fachlichen Rubriken zu, von Cognition über Emotion, Health und Neuroscience bis zu Personality, Research Methods und Therapy. Wie die Liste erkennen lässt, ist die Enzyklopädie zwar auf psychologische Theorie ausgerichtet, jedoch nicht nur an TheoretikerInnen und AkademikerInnen orientiert, sondern durchaus auch an PraktikerInnen in Berufsfeldern mit psychologischem Hintergrund. Für meine akademischen Zwecke der raschen Sichtung des Stands der Dinge in einem der einschlägigen Nebenfächer der (und aus Sicht der) Politikwissenschaft im Allgemeinen und der Analyse internationaler Politik im Besonderen (für die Theorien der Kognition und Perzeption ebenso von Belang sind wie solche des Gruppenverhaltens), haben sich die beiden Bände als ausgesprochen nützlich erwiesen, sowohl aufgrund der überwiegend klaren Einträge, deren Umfang ausreichend für fachliche Tiefe ist, jedoch Lektüre in einem Schritt erlaubt, als auch aufgrund der gegebenen weiterführenden Literaturhinweise. Da dergleichen seinen stolzen, wenn auch

gerechtfertigten, Preis hat, sei einschlägigen Bibliotheken die Anschaffung und einschlägig interessierten Studierenden die Nutzung empfohlen. Das Stöbern in guten Nachschlagewerken hat schon manche, auch inter-disziplinäre Einsicht gefördert.

Müller, Jan-Werner 2016: Was ist Populismus? Ein Essay, Berlin: Suhrkamp.

Jüngst auch in Deutschland, wie zuvor und parallel auch schon in etlichen anderen entwickelten Demokratien, erweist sich eine Partei bei Wahlen als erfolgreich, die teils in polemischer, teils in analytischer Absicht als „populistisch“ bezeichnet wird. Zumindest zu letzterem Zweck müsste man in der Lage sein, näher zu bestimmen, was unter „Populismus“ zu verstehen ist. Wie bei vielen zentralen Konzepten der Sozial- und Politikwissenschaft wird man hierbei jedoch nicht leichter Hand mit flächendeckender Einigung rechnen dürfen. Einen plausiblen Vorschlag für ein Begriffsverständnis, das insbesondere auch „populistisch“ von „demokratisch“ zu unterscheiden erlaubt, legt der in Princeton über politische Theorie und Ideengeschichte forschende und lehrende Kollege Müller mit seinem Essay vor. Diese Unterscheidung ist auch für den politischen Umgang mit Populisten wichtig, reklamieren diese doch gerne quasi basisdemokratische Ansprüche gegen die etablierten Parteien. Dass deren Verkrustung zum Aufkommen des Populismus beiträgt, scheint mir evident. Und dass Politik über weite Strecken von (funktionalen) Eliten bestimmt wird, lässt sich m.E. auch nicht leugnen. Schon strittiger scheint mir die Behauptung, dass diese sich völlig von der breiten Bevölkerung abgekoppelt hätten, fachlich formuliert: dass sie gar nicht ‚responsiv‘ seien. Z.T. sind sie es sogar gegenüber populistischer Rhetorik – was dazu beiträgt, diese ‚hoffähig‘ zu machen (und legitim erscheinen zu lassen – obwohl einschlägig Wählende dann doch gerne ‚beim Original‘ bleiben). Und zu den herrschenden Eliten zählt jedenfalls nicht nur, vielleicht nicht einmal primär, das, was politikwissenschaftlich als politische Klasse bezeichnet wird. Sondern im Kapitalismus mindestens genauso die ökonomisch dominante Schicht. Vom Kapitalismus jedoch will zumindest der rechte Populismus nicht wirklich reden. Eher müssen Ausländer (oder Muslime) als Sündenböcke für Strukturprobleme und Versäumnisse der Politik der vergangenen zwei Jahrzehnte herhalten. Und ob es einen linken Populismus gibt, außer in der Verunglimpfungsrhetorik neoliberaler Gegner, hängt eben davon ab, was man unter Populismus versteht. Müllers sinnvoller Vorschlag lautet: Populismus ist vor allem Anti-Pluralismus, der es nicht erträgt, dass Andere anderer Meinung sind als der eigenen – und darob diese Anderen als nicht (mehr) zum Volk gehörig ausschließen möchte bzw. zu delegitimieren versucht (z.B. als ‚Volksverräter‘). Gerade wegen der elitären Neigungen in etablierten Demokratien nennt Müller so verstandenen Populismus den „Schatten der repräsentativen Demokratie“, denn diese wird nicht nur tatsächlich immer wieder daraufhin hinterfragt, wie gut diese Repräsentation denn funktioniert und wie gleich denn Einflusschancen verteilt sind; sie sollte geradezu so kritisch hinterfragt werden. Freilich nicht mit der völkischen Rhetorik die, das ist einzuräumen, gelegentlich auch am linken Ende des Spektrums aufblitzt. Ansonsten ist linke Haltung gerade nicht exklusiv, schon gar nicht völkisch exkludierend. Sie thematisiert freilich, was rechter Populismus gerade auslöst: die strukturellen Ursachen ökonomischer Ungleichheit (und deren Auswirkungen wiederum auf die Politik). Der Anti-Kapitalismus des Populismus ist dagegen naiv und neigt zu Verschwörungstheorien. Insofern ist er hilflos. Ob dem durch ein liberales und entgrenzte Ökonomie wieder einhegendes politisches Projekt erfolgreich begegnet werden kann und damit soziale Demokratie erhalten werden kann (vgl. auch Andrain in diesen Lit-Tipps), die das Potenzial des Populismus trocken zu legen vermöchte, hängt auch vom klugen Umgang mit populistischen Anfeindungen ab. Der Sache wert wäre das auf jeden Fall – und Müllers Essay liefert auch hierfür anregende Gedanken.

Münkler, Hefried/Straßenberger, Grit 2016: Politische Theorie und Ideengeschichte. Eine Einführung, München: Beck.

Der Berliner Kollege Münkler, der trotz zahlreicher Medienauftritte Bücher fast schneller schreibt, als andere sie lesen können, kehrt hier, unterstützt durch die Bonner Kollegin Straßenberger, zu seinem ursprünglichen Themenbereich der Ideengeschichte zurück. Sie wird hier jedoch nicht entlang Vita und Werk großer DenkerInnen behandelt, sondern, das ist eine willkommene alternative Darbietungsform zu anderen ideengeschichtlichen

Einführungen, an zentralen Konzepten und Kontroversen orientiert, mithin als politisches Ringen interpretiert. Eine kurze Einleitung skizziert diese Herangehensweise und erörtert den Sinn politischer Theorie und Ideengeschichte. Dem folgen 13 inhaltliche Kapitel, beginnend bei Kontroversen um den Begriff der „Politik“ selbst, zu „Staat und Nation“, Typologien der politischen Ordnung, zu „Freiheit und Gerechtigkeit“ und „Tyrannis und Diktatur“ bis schließlich zu „Staatenkrieg und Bürgerkrieg“ und „Imperium und Staatensystem“ (welch letztere Beiträge für IB-Studierende von besonderem Interesse sind). In aller Kürze führen die Beiträge in zentrale politische Kontroversen abendländischer Politikgeschichte ein und in wichtige Stellungnahmen zu ihnen. Ein Personenregister lässt die personale Dimension erschließen, knappe Hinweise zu weiterführender Literatur runden die Beiträge ab. Da klassische Ideengeschichte in vielen politikwissenschaftlichen Studiengängen (wie auch unserem) nicht mehr gesondert ausgewiesen wird, sind Studierende zur Abrundung des Studiums durch eigenständige Lektüre auf solche Überblicksdarstellungen angewiesen. In diesem Sinne sei das preiswerte Taschenbuch empfohlen.

Ness, Immanuel/Cope, Zak (Hrsg.) 2016: The Palgrave Encyclopedia of Imperialism and Anti-Imperialism, Basingstoke/New York: Palgrave Macmillan.

Nachdem in den letzten Jahren die Forschung über Imperien neu und ertragreich aufgeblüht ist (vgl. MacKenzie 2016 in den Lit-Tipps vom 1.6.2016), ist es wohl an der Zeit, dass auch der (Anti-)Imperialismus (s)eine enzyklopädische Behandlung erfährt. Genau dies durfte man sich von diesem Zwei-Bänder erwarten. Freilich wird das nur sehr bedingt eingelöst. Denn er ist, was die Haltung der Autorenschaft anbelangt, doch sehr einseitig geraten: hier ist fast ausschließlich versammelt, was am (z.T. äußersten) linken Rand des angelsächsischen AutorInnen-Spektrums angesiedelt ist. Das färbt, am schlimmsten im biographischen Eintrag zu Stalin, dann doch unangenehm ab. Hier entblödet sich (das harte Wort ist angemessen) der Autor tatsächlich nicht festzustellen, dass „victory in the ‚Great Patriotic War‘ cannot be wholly attributed to Stalin“ (241) – darauf, dies überhaupt erwähnen zu wollen, kann wohl nur kommen, wer sich vom Personenkult noch nicht wirklich emanzipiert hat; und der kann dann auch den großen theoretischen Beitrag Stalins feiern, seine extrem grausame Herrschaftspraktik und deren Opfer dagegen weitgehend vergessen. Zum Glück gibt es auch bessere Beiträge, die wirklich kritisch sind, etwa über „AFRICOM, NATO and the 2011 War on Libya“ oder „Monopoly-Capitalist Imperialism and the Non-profit Industrial Complex“, eine kritische Lektüre der NGO-Szene und der in der Tat oft naiven Behandlung von NGOs. Das Themenspektrum ist also breit, die Beiträge werden innerhalb von sieben Rubriken alphabetisch geordnet. Diese Rubriken sind: Biographies, Country and regional analysis, Culture and the arts, History (Bd.1) und Movements and ideologies, Political economy und Themes and concepts (Bd.2). Welches Stichwort worunter fällt, liegt nicht immer auf der Hand. Ein ausführlicher Index am Ende von Band 2 erschließt zum Glück das Gesamtwerk. Auch scheint die Auswahl der Stichwörter zuweilen etwas beliebig, dass einige vorgesehene nicht realisiert werden konnten, räumen die Herausgeber im Vorwort selbst ein. Insgesamt also: der ideologische Bias und der Preis sind zu hoch, als dass viele sich die beiden Bände anschaffen werden wollen. Das ist schade im Hinblick auf die durchaus zahlreichen brauchbaren kritischen Beiträge (die über Bibliotheken zu konsultieren sich lohnt) wie für die Behandlung der Thematik in enzyklopädischer Form insgesamt. Eine adäquate, gerne auch kritische, wäre schon hoch willkommen. Damit, dass dies nach Publikation des hier besprochenen Werkes bald umgesetzt wird, ist aber leider wohl nicht zu rechnen.

Noesselt, Nele 2016: Chinesische Politik, Baden-Baden: Nomos (UTB 4533).

WRigZ 5

Mit diesem informationsprallen und preiswerten Taschenbuch (in der bewährten rotfarbigen UTB-Reihe) wird die Lehre (und angehende Forschung) im deutschsprachigen Raum zur chinesischen Politik, in ihrer innen- und außenpolitischen Dimension und neben der Volksrepublik China auch kurz Taiwan und Hongkong berücksichtigend, endlich auf eine adäquate Grundlage gestellt. Im Preis-Leistungsverhältnis gibt es nichts Besseres, und dafür nimmt man in Kauf, dass der Verlag es nicht für nötig hält, die Autorin, Professorin für

Ostasienwissenschaften am Institut für Politikwissenschaft der Universität Duisburg-Essen, vorzustellen; dass der Band leider recht klein gedruckt ist; und dass die Autorin oft einen politologischen Stil pflegt, der Fremdwörter auch dort präferiert (um ein Beispiel zu geben), wo sie nicht fachlich geboten sind. Dem stehen jedoch die weit überwiegenden Vorzüge des Bandes gegenüber: er ist umfassend, dennoch als Taschenbuch handhab- und lesbar – und erschwinglich. Damit lassen sich nun auch für Studierende die gedanklichen Grundlagen des Herrschaftssystems in der VR China (die oft phrasenhaften offiziellen Äußerungen, inzwischen ein Mix aus Marxismus und Neokonfuzianismus, sind ernst zu nehmen, nicht, weil sie tatsächlich die Politik bestimmen würden, aber wohl, weil sie als Legitimationsideologie der KP dienen) ebenso wie sein institutioneller Aufbau erschließen; der Wandel der Rolle des Rechts über drei politische Systeme (Kaiserreich – Republik – Volksrepublik) ebenso verfolgen wie lokale Demokratie-Experimente in Letzterer; die Pluralisierung der Interessensgruppen (vgl. dazu auch den Special Report „Chinese Society“ im Economist vom 9.7.2016) und deren Interaktion in der chinesischen Innenpolitik in ausgewählten Politikfeldern (Verstädterung; Umwelt; Internet-Politik) nachvollziehen; und die neue Rolle und das Selbstverständnis der VR China in der internationalen Politik analysieren. Alle Kapitel werden durch Kontrollfragen und ebenso differenzierte wie aktuelle Literaturhinweise (auf deutsch- und englischsprachige Literatur) ergänzt; zentrale chinesische Konzepte werden im Text in westlicher Umschrift eingeführt; ein Anhang listet Online-Ressourcen (wiederum auf Deutsch und Englisch) zum Weiterstudium auf. Mehr kann ein Band kaum leisten, und es ist nur zu begrüßen, dass die fachliche Beschäftigung mit China damit endlich auch hierzulande eine adäquate Grundlage erhält. Studierenden der Ostasienwissenschaften, aber auch der Politikwissenschaft, die ein zentrales Einstiegsbuch zum Thema suchen, kann der Band nur empfohlen werden.

Pies, Ingo 2016: Moderne Klassiker der Gesellschaftstheorie, Tübingen: Mohr Siebeck (UTB 4575)

Erstens kommt es anders und zweitens als man denkt. Ich hatte hier zunächst eine jener eher basalen Überblicke von geringem Umfang erwartet, wie sie zur Unterstützung von BA-Studiengängen neuerdings vermehrt üblich und, wenn gut gemacht, auch durchaus brauchbar sind. Tatsächlich jedoch umfasst dieser Band über 600 Seiten, z.T. mit umfangreichen Anmerkungen versehen, und die Zielgruppe scheint mir auch eher am oberen Ende mindestens von BA-, zweifellos auch von Master-Studiengängen (und darüber hinaus) zu liegen. Sodann ist die getroffene Auswahl der vorgestellten Gesellschaftstheoretiker (Theoretikerinnen werden nicht behandelt) doch deutlich auf die Bereiche Politik und Wirtschaft und ihr Wechselverhältnis fokussiert, was der Ausrichtung des Autors, der an der Universität Halle-Wittenberg einen Lehrstuhl für Wirtschaftsethik bekleidet, entspricht. Freilich hätte man sich selbst unter diesem Fokus etwa Beiträge zu Max Weber oder Niklas Luhmann vorstellen können, die es aber nicht gibt. Behandelt wird das Werk von 20 Autoren, die von John Rawls über Walter Eucken und Jon Elster bis zu Joseph A. Schumpeter und John Maynard Keynes reichen – in dieser Reihenfolge. Sie ergibt sich zunächst nicht von selbst, folgt weder der Chronologie der Geburtsdaten noch dem Autorenalphabet. Vielmehr folgt die Reihenfolge der Chronologie den Erscheinungsdaten der Originalbeiträge. Sie waren als Einleitungen zu jeweils einem Theoretiker gewidmeten Einzelbänden gedacht und sind so auch zwischen 1995 und 2014 ursprünglich erschienen, werden hier jeweils um einen „Nachtrag 2016“ ergänzt und in einem Band versammelt (und mit einem Personen- und Sachregister erschlossen) vorgelegt. Aus Sicht des Autors hat dies den Vorteil, dass die Entwicklung seines eigenen Denkens und Ansatzes: des sog. ordonomischen Forschungsprogramms nachvollziehbar wird. Und auf Letzteres machen die ausgesprochen leistungsfähigen Einzelbeiträge durchaus gespannt. Sie werden jeweils durch ein Bild des behandelten Theoretikers und seine Lebensdaten eröffnet und mit einer Auswahlbibliographie zu Primär- und Sekundärliteratur abgeschlossen. Dazwischen gelingen Pies ausgesprochen klare, z.T. graphisch unterstützte Darlegungen zur vom jeweiligen Theoretiker behandelten Grundproblematik, zur Art, wie er damit umgeht und ggf. zu deren Entwicklung im Laufe des jeweiligen theoretischen Gesamtwerkes. Die Fairness dieser Darstellungen, die den Theoretikern und ihren Anliegen gerecht zu werden versuchen, ohne

doch Schwachstellen und mögliche Kritikpunkte zu übergehen, sei ausdrücklich hervorgehoben. Wer immer sich also für Politik und Ökonomie aus gesellschaftstheoretischer Perspektive interessiert und nach guten Ein- bzw. Hinführungen zum Werk zentraler Theoretiker sucht, wird mit etwas zu investierender Lektürebemühung hier wirklich gut, wenn auch in – allerdings stattlicher – Auswahl bedient. Dass dies für Klassiker wie Marx ebenso gilt wie für zeitgenössische Theoretiker wie Elster, M. Olson, Th. Schelling und W. Baumol, macht den Band endgültig zu einer wirklich nützlichen Einführung für Fortgeschrittene.

Quinn, John James 2016: Global Geopolitical Power and African Political and Economic Institutions. When Elephants Fight, Lanham: Lexington Books.

IPSE 4, 10; WRigZ 4

John Quinn (Truman State University, Missouri, USA), der seit Jahren über die politischen und ökonomischen Verhältnisse in Afrika und die internationale Politik der Region forscht, legt mit seinem neuesten Band eine vielleicht nicht gerade überraschende, aber gerade auch didaktisch ausgesprochen nützliche Gesamtübersicht über die Entwicklung der politischen und ökonomischen Verhältnisse im postkolonialen subsaharischen Afrika unter dem Einfluss der jeweiligen globalen Verhältnisse vor. Diese waren in der historisch ersten Phase durch den Ost-West-Konflikt und das Ringen um Einfluss zweier Gesellschaftssysteme, des realsozialistisch-kommunistischen und des liberaldemokratisch-kapitalistischen, auch in Afrika, geprägt, in der zweiten Phase, ab 1990, dann durch die Dominanz des westlichen Systems und seiner Vormacht, der USA. Wie sich diese Systemkonstellation jeweils auf die afrikanischen politischen und ökonomischen Verhältnisse (eher Autokratie und Einparteienherrschaft in Verbindung mit stark verstaatlichter Ökonomie in der ersten Phase, eher Hinwendung zu – wenn auch meist nicht vollständige Realisierung von – Demokratie und gegenüber internationalem Handel offenere liberalisierte Ökonomie in der zweiten) auswirkte, wird in den sechs empirischen Kapiteln des Hauptteils fast mustergütig klar gegliedert rekapituliert. Hier wird auch, ganz meiner Argumentation im WRigZ-Kurs/Buch entsprechend, die Rolle heimischer Eliten deutlich, die im Lichte ihrer internen Machterhalts-Interessen die internationalen Anforderungen, neuen Ideen und Unterstützungsleistungen mit den Anforderungen eben des internen Machterhalts (z.B. des Neopatrimonialismus bzw. der erstarkenden Zivilgesellschaft) vermitteln. Sie sind dabei zwar nicht in einer reinen Nehmer-Position gegenüber den jeweils obwaltenden (Vor-)Mächten des internationalen Systems, verstehen etwa Konkurrenz unter Unterstützungs-Anbietern (einst: USA versus Sowjetunion; heute z.T. westliche Staaten versus China) (aus) zu nutzen; insgesamt jedoch belegt der starke Einfluss der globalen Verhältnisse auf die Interna der afrikanischen Gesellschaften doch deren untergeordnete Stellung im formal gleichordnenden internationalen System. Mechanismen und Gegen-Mechanismen dieser externen Einwirkung werden für beide Phasen und jeweils für Politik und Ökonomie getrennt mustergütig klar gegliedert erörtert. Diese Kapitel sind auch als Kurz-Überblick zur polit-ökonomischen Entwicklung des subsaharischen Afrika nützlich. Ein quantitativ arbeitendes ergänzendes Kapitel untersucht und bestätigt die spezielle Hypothese, dass „countries in sub-Saharan Africa with majority state ownership of most capital-intensive manufacturing industries (but without major mining or oil exporting sectors) [MSO-WOM] during the Cold War period are the ones most likely to have had the greatest increases in political and civil rights in the post-transition period.“ (264) Wer die gängigen Überlegungen zur politischen Ökonomie Afrikas bzw. von Rentier-Staaten kennt, sollte diese Hypothese nachvollziehen können. Insgesamt ein wirklich nützlicher, klar strukturierter Überblick, dessen größtes Manko der doch sehr gehobene Preis ist. Ergo: auf Afrika spezialisierte akademische Bibliotheken sollten das Buch ihren (auch studierenden) Nutzern zugänglich machen.

Schrage, Marco 2016: Intervention in Libyen. Eine Bewertung der multilateralen militärischen Intervention zu humanitären Zwecken aus Sicht der katholischen Friedensethik, Baden-Baden/Münster: Nomos/Aschendorff.

IPSE 5, 14; WRigZ 3

Über die wesentlich von westlichen Mächten unternommene Intervention in Libyen ist sowohl zeitgenössisch als auch seither, vor allem im Lichte des enttäuschenden, ganze neue Problemkomplexe anstoßenden Ergebnisses, viel, auch kritisch, diskutiert worden. In seiner an der Academia Alfonsiana, Rom, 2015 angenommenen und für die Publikation leicht ergänzten Dissertation geht Marco Schrage der Frage nach der Legitimität, der moralischen Rechtfertigung, dieses Unterfangens im Lichte der katholischen Friedensethik nach. Letzteres schlägt sich vor allem in zwei Kapiteln der Arbeit nieder, in denen der biblische Befund und die Tradition des gerechten Krieges einerseits, die Entwicklung der neueren Positionierung des katholischen Lehramts andererseits rekonstruiert werden. Dies dürfte vor allem für katholische LeserInnen von Belang sein. Auch nicht-katholische (und nicht gläubige) LeserInnen sollten jedoch von der eher „klugheitsgeleiteten“ (406) Er- und Abwägung im sonstigen Text des Bandes profitieren können. Dies zum einen, weil die aus der katholischen Tradition stammenden Überlegungen zum gerechten, d. h.: gerechtfertigten, rechtfertigbaren Krieg in der weltlichen Philosophie weitgehend übernommen worden sind. Deren von Schrage sorgfältig entfalteten Kriterien jedenfalls wird kaum jemand widersprechen wollen. Zum andern ist Schrages Anwendung dieser Beurteilungskriterien durchgehend sorgfältig und differenziert, wie auch sein Ergebnis. Es fällt durchaus kritisch aus: der Sicherheitsrat wurde als zuständige Autorität geschwächt „dadurch, dass sich einige Mitglieder von der die Intervention unterstützenden Mehrheit im Nachgang der Resolution distanzieren.“ (375) Allerdings gab es dafür durchaus Gründe, denn die rechte Absicht (als Rechtfertigungskriterium) wurde bei Großbritannien, Frankreich und den USA zugunsten des Interesses am Sturz Gaddafis verdrängt; die AU war vor allem daran interessiert, die Krise selbst zu managen. Und im Ergebnis wurde vor allem das legitime Ziel einer gerechten Friedensordnung in Libyen verfehlt. Dennoch verdammt Schrage weder die konkrete Intervention noch die Idee der Humanitären Intervention bzw. die, wie er in einem eigenen Kapitel zeigt, sich zum soft law-Charakter gemausert habenden Schutzverantwortung pauschal. Nicht einmal das – in der internationalen Politik ja nie ausschließbare – Scheitern im Ergebnis führt zur Verurteilung des Libyen-Unterfangens. Dennoch sind die auch von Schrage monierten Mängel im Vorgehen so gravierend, dass dies nicht nur eher realistische Verhaltenserwartungen der Analyse internationaler Politik bestätigt (hinsichtlich der Leitung des Agierens zentraler Akteure durch Eigeninteressen wie des eher instrumentell-legitimatorischen Bezugs auf die R2P), sondern auch erwarten lässt, dass dergleichen sich eher nicht leicht wiederholen wird. Was unter anderem wieder zum von Schrage auch erörterten (Folge-) Problem der Selektivität der Wahrnehmung der R2P führt. Insgesamt liegt damit eine sorgfältig ausgearbeitete, differenzierte moralische Beurteilung des Libyen-Falls vor, die in ihren empirischen Teilen (zur Entwicklung der Krise wie auch der R2P) ebenso wie in ihrer abwägenden Beurteilung für alle Interessierten, Studierende eingeschlossen, von Belang ist – wäre da nicht der leider recht hohe Preis. Er legt nahe, dass einschlägige Bibliotheken ihren NutzerInnen den Zugang zu diesem Werk eröffnen sollten.

Szabo, Stephen F. 2015: Germany, Russia, and the Rise of Geo-Economics, London u.a.: Bloomsbury.

Stephen Szabo ist Exekutivdirektor der in Washington ansässigen Transatlantischen Akademie. Von daher ist sein Buch über die deutsch-russischen Beziehungen nicht nur wegen der sachlichen Information von Interesse, die es bietet. Als solches ist es gut und (auch in der Lehre) brauchbar. Es lässt sich jedoch aus deutscher Sicht auf zwei weiteren Ebenen lesen: Welches Bild der deutschen Russlandpolitik vermittelt es seinen US-LeserInnen? Und was will uns, als Deutschen, der Autor, und sei es durch die Blume, sagen? Szabo überbetont (s. den Titel) meines Erachtens die Neuigkeit der Ausrichtung deutscher Russlandpolitik an Geschäftsinteressen. Wie der auch ihm natürlich vertraute Dauerbrenner aus Ost-West-Konflikt-Zeiten um das Erdgas-Röhren-Geschäft verdeutlicht, gab es diese Interessen schon immer – und sie waren auch schon immer transatlantisch kontrovers, zumal die Geschäftsinteressen der USA an und in Russland, wie Szabo selbst schreibt, vergleichsweise gering, die geopolitische Konkurrenz zur Sowjetunion damals und zu Russland heute dagegen vergleichsweise groß war und ist. Während Deutschland, wie er

ebenfalls sagt, sich seine Geographie (und damit Nachbarschaft zu Russland) nicht aussuchen kann. Wenn Szabo also feststellt, dass die geoökonomisch motivierte Politik Deutschlands mit seinen Zivilmachtansprüchen (u.a. dem Hochhalten von Grundwerten wie Demokratie und Menschenrechten) konfligiert, so hat er damit zwar Recht. Das ist aber keinesfalls für Deutschland allein spezifisch, gilt für die USA genauso, etwa für ihr Verhältnis zur Türkei oder zu Saudi-Arabien. Im letzten Satz des Buches räumt Szabo das schließlich auch ein. Dagegen hat er wohl Recht, wenn er im Hinblick auf die gegenwärtigen deutsch-russischen Verhältnisse feststellt: „Handel is not producing Wandel.“ (33) Dass es unter deutschen akademischen Experten (Szabo nennt Alexander Rahr, vormals DGAP) wie unter Ex-Kanzlern (Schröder; ich würde Merkel schon aufgrund ihrer DDR-Erfahrung hier mehr Distanz zutrauen) ausgesprochene Russland- und Putin-Apologeten gibt wie auch, dass aus spezifischen Gründen in Ost- und West-Deutschland der ‚starke russische Mann‘ teilweise durchaus populär ist, trifft zweifellos zu. Dass sich dies alles jedoch zu einer markant neuen ‚geoökonomischen Strategie‘ fügt, kann ich nicht sehen: weder ist dies wirklich neu, noch wirklich Strategie (sondern viel Opportunismus, zum Glück nicht gänzlich ohne wertbezogene Kritik auch hierzulande). Insofern, würde ich sagen, nichts Neues. Gleichwohl taugt das Buch zum Überblick, auch zum europäischen Vergleich, der bei Szabo am Ende kurz anklingt (vgl. auch Forsberg/Haukkala, insbes. Kap. 3, in diesen Lit-Tipps).

Wehling, Elisabeth 2016: Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet – und daraus Politik macht, Köln: Halem.

In diesem anregenden Büchlein für ein breites Lesepublikum berichtet die Autorin über einige Ergebnisse der vor allem US-amerikanischen Forschung zur sog. politischen Kognition, also dazu, wie über Politik in der breiten Öffentlichkeit wirklich gedacht und geredet wird, ein neueres Forschungsgebiet, auf dem sie in Berkeley selbst tätig ist. Danach ist dieses Denken weder ein rein geistiges, im Hirn stattfindendes, noch ein rein rationales. Unsere Kognition ist nämlich, dieser Forschung folgend, „embodied“, das heißt, dass Begriffe wie etwa „Hammer“ im Gehirn gleichzeitig neuronale Schaltkreise aktivieren, die sonst den Vorgang des Hämmerns steuern. Ähnlich schwingen bei politischen Begriffen wie „Steuern“ Assoziationen mit, die mit Belastung zu tun haben. Diese mit-assoziierten Vorstellungen nennt man psychologisch-fachlich neuerdings „framing“ (wörtlich: Rahmung; abgeleitet von der Metapher des Bilderrahmens). Und mit solchen frames, das zeigt der zweite Teil des Buches überzeugend anhand einiger Beispiele, wird Politik gemacht: wer sich etwa für Steuererhöhungen einsetzt, argumentiert quasi politisch ‚bergauf‘. So plausibel Überlegungen der letzteren Art scheinen, so sehr hätte man sie bereits der klassischen Rhetorik (und seither neueren Ansätzen, welche das Politische der Sprache hervorheben, etwa dem Poststrukturalismus) entnehmen können. Ob und was die neurokognitionswissenschaftliche Fundierung darüber hinaus beiträgt, außer der Feststellung dass ein Denken frei von jeglichen solchen Assoziationen wohl nicht möglich ist (was mir den ebenfalls vertrauten Befund der Sozialpsychologie anklingen lässt, dass es kein völlig vorurteilsfreies Denken gibt), bleibt abzuwarten (und bedürfte wohl einer stärker fachlichen Publikation, als es von der Autorin hier beabsichtigt war). Auch fällt auf, dass die illustrierenden Beispiele in Teil 2 kaum spezifisch für den deutschen Kontext sind (wie der Untertitel es anklingen zu lassen scheint - oder ist das eine Fehl-Assoziation meinerseits?). Vielmehr sind die meisten Beispiele typisch für die transnationale Rhetorik des Neoliberalismus, oder, wie es Albert O. Hirschman in einer geistreichen Auseinandersetzung mit den Anfängen dieser Rhetorik in der Reagan-Zeit genannt hat, für die „Rhetoric of Reaction“ (1991). Was wohl auch erklärt, warum Alt-SPD-ler Erhard Eppler ein empfehlendes Vorwort für Wehlings Publikation geschrieben hat. Dieser Empfehlung möchte ich mich durchaus anschließen, auch wenn der politisch-taktische Gebrauch von Sprache einerseits und die Bedingungen rational(er) politischer Kommunikation andererseits durchaus noch weitergehender Auslotung bedürfen.